



Einges 7. April

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Verein zur Förderung der
Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Geschäftsstelle der BAG
Beate Ebeling
Brunnenstr. 128
13355 Berlin

Ihr Schreiben vom 03.02.2014

Berlin, 31.03.2014

Sehr geehrte Frau Ebeling,

herzlichen Dank für die Übersendung der Beschlüsse Ihrer Bundeskonferenz.

Ich freue mich sehr, dass wir in so vielen gleichstellungspolitischen Belangen ähnliche Positionen vertreten und an einem Strang ziehen. Und ich freue mich ebenso, dass die Große Koalition der Gleichstellungspolitik - nach vier mageren Jahren - einen großen Stellenwert einräumt. Das zeigen die gleichstellungspolitischen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags genauso wie die Ernennung von Manuela Schwesig zur Frauen- und Gleichstellungsministerin.

Frauen sollen endlich oben ankommen!

Genauso wie Sie, halten auch wir die Quotierung von Gremien für besonders notwendig. Deshalb fangen an wir an mit gesetzlichen Regelungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Führungsfunktionen. Die Privatwirtschaft nehmen wir dabei genauso in den Blick wie den Öffentlichen Dienst. Ministerin Schwesig hat hierzu bereits Leitlinien für ein Gesetzgebungsverfahren vorgelegt. Ziel ist, dass die neuen Regelungen 2015 in Kraft treten können.

Dabei geht es uns um die gesetzliche Fixierung einer Geschlechterquote von mindestens 30% für die Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen. Unternehmen, die börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, wollen wir gesetzlich verpflichten, sich verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung der Frauenanteile in den Führungsgremien Aufsichtsrat, Vorstand und obere Management-Ebenen zu geben.



Wir wollen aber nicht nur die Privatwirtschaft stärker in die Verantwortung nehmen, sondern auch vor der eigenen Haustür kehren. Damit der Öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangeht, werden wir das Bundesgleichstellungsgesetz und das Bundesgremienbesetzungsgesetz wirkungsvoll weiter entwickeln.

Frauen verdienen das Gleiche!

Damit die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern endlich abgebaut wird, werden wir gesetzliche und andere Maßnahmen umsetzen. Auch hierfür wird Ministerin Schwesig noch in diesem Jahr Eckpunkte vorlegen.

Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ soll unter anderem durch eine gesetzliche Regelung für mehr Entgelttransparenz in Unternehmen ab 500 Beschäftigten besser zur Geltung gebracht. Dazu werden wir auch ein individuelles Auskunftsrecht der Beschäftigten gesetzlich regeln.

Damit die Unternehmen sich mit ihren Beschäftigten und deren Interessenvertretungen auf den Weg machen, für gleiche und gerechte Entlohnung zu sorgen, wollen wir allen Instrumente und Verfahren zur Entgeltanalyse und Arbeitsbewertung zur Verfügung stellen.

Der Gesetzliche Mindestlohn, der ein Kernanliegen der SPD war und ist, wird auch einen wichtigen Beitrag zur Herstellung von Entgeltgleichheit und besserer Bezahlung von Frauen leisten. Denn es sind zu rund 70% Frauen, die heute noch mit Löhnen von weniger als 8,50 Euro brutto pro Stunde bezahlt werden.

Zeit als neue Währung der Gleichstellungspolitik in den Blick nehmen

Was uns in dieser Legislaturperiode besonders wichtig ist, ist eine Debatte über die geschlechtergerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern zu führen. Ministerin Schwesig hat mit ihrem Vorschlag einer Familienarbeitszeit Anfang des Jahres den Anstoß dazu gegeben. Und auch im Koalitionsvertrag haben wir mit dem Elterngeld PLUS ein gutes Instrument vereinbart. Ministerin Schwesig hat auch dazu Eckpunkte bereits vorgestellt.

Aber das Elterngeld PLUS kann und darf nur ein erster Schritt sein. Wir wollen die Debatte breiter führen. Wie müssen wir bezahlte und unbezahlte Arbeit verteilen, damit Frauen und Männer gleichermaßen ihre Lebensentwürfe verwirklichen können? Ist nicht die Verteilung von Zeit die ent-



scheidende Stellschraube, um Gleichstellung endlich zu verwirklichen? Und geht es nicht auch darum, Arbeitszeiten so zu organisieren, dass Frauen und Männern von den Anforderungen, die das Leben stellt, nicht überfordert werden? Dabei haben wir nicht nur die Betreuung kleiner Kinder, sondern auch ein gutes Leben mit älteren Kindern im Blick. Und genauso die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Zeit für Weiterbildung und einfach auch Zeit für sich selbst.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir besonders bei diesem Thema ins Gespräch kommen könnten. Ihre Auffassung interessiert mich sehr.

Das **Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung** halten auch wir für einen hervorragenden Leitfadener einer modernen und wirkungsvollen Gleichstellungspolitik. Er wird deshalb in der Arbeit von Bundesministerin Schwesig genauso wie in der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion den Stellenwert bekommen, der ihm gebührt.

Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht erreichen, Betreuungsgeld abschaffen

Wir sind im Wahlkampf genauso wie in den Koalitionsverhandlungen dafür eingetreten, das Ehegattensplitting für neue Ehen in eine Individualbesteuerung mit der Berücksichtigung des gegenseitigen Unterhalts umzuwandeln und das gleichstellungsfeindliche Betreuungsgeld abzuschaffen. In beiden Punkten lagen unsere Auffassungen zu weit entfernt von denjenigen unseres Koalitionspartners, so dass es zu keiner für uns zufrieden stellenden Vereinbarung gekommen ist. Angesichts anderer Fortschritte, die wir in der Großen Koalition vereinbart haben und an deren Umsetzung wir arbeiten, haben wir dennoch diesen Koalitionsvertrag geschlossen. An unseren Positionen hat sich dadurch aber nichts geändert.

Ich würde mich über einen weiteren fruchtbaren Austausch und eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Carola Reimann